



Albert Rösti, Bundesrat und Energieminister

«900 000 neue
Heizungen sind eine
grosse Chance»

Seite 6



«Die Gebäudetechnik-
branche hat eine
grosse Chance!»

Bundesrat und Energieminister Albert Rösti lobt die Gebäudetechnikbranche und sagt, der anstehende Austausch von 900 000 Heizungen sei für die Branche eine grosse Chance, aber auch eine gewaltige Herausforderung. Ein Gespräch über den Fachkräftemangel, die Bedeutung der Berufslehre, über Staatsbetriebe, die private Firmen konkurrenzieren, und seinen Ahornbaum.

Interview: Peter Bader
Fotos: Stefan Marthaler

Herr Bundesrat, ist Ihr Haus in Uetendorf energie-technisch auf dem neusten Stand?

Nein, das wäre ein bisschen übertrieben. Es ist sehr gut isoliert, das war es schon, als wir es vor 20 Jahren gekauft haben. Allerdings heizen wir noch mit Öl, weshalb ich mich ja auch so für das neue Stromgesetz eingesetzt habe, welches das Volk im Juni zum Glück angenommen hat. Ich will meine Heizung erst dann wechseln, wenn es genügend Strom gibt.

Fassen Sie nun einen Wechsel ins Auge?

Ja, aber erst, wenn die alte Heizung ganz abgeschrieben ist. So machen das ja viele andere auch. Unsere Heizung verfügt noch über einen relativ neuen Brenner. Wenn wir wechseln, werden wir uns dann wohl für eine Wärmepumpe entscheiden. CO₂ lässt sich aber auch ganz anders einsparen: Zu meiner Wahl in den Bundesrat bekam ich einen Ahornbaum geschenkt. Wir pflanzten ihn in der Nähe des Schulhauses. Man hat mir gesagt, dass er ab einem Alter von fünf Jahren den gesamten CO₂-Ausstoss von 11 Personen kompensiert. Ich finde das eindrücklich.

Hatten Sie in jüngster Vergangenheit mit Handwerkern und Handwerkerinnen der Gebäudetechnikbranche zu tun?

Als Hausbesitzer hat man das ja regelmässig, sei es bei einem verstopften Abfluss oder Problemen mit der elektrischen Installation. Ich habe bisher immer gute Erfahrungen gemacht, die Gebäudetechnikbranche

leistet zuverlässige und professionelle Arbeit. Wenn man hierzulande Handwerkerinnen und Handwerker braucht, erhält man grundsätzlich gute Arbeit, was nicht überall der Fall ist. Das sollte uns immer wieder daran erinnern, wie gut unser Berufsbildungssystem ist.

Knapp 50 Prozent des Schweizer Energiebedarfs entfallen auf Gebäude. Welche Rolle spielt die Gebäudetechnik-Branche bei der Umsetzung der Energiestrategie 2050 des Bundes?

Sie hat eine grosse Chance! In der Schweiz müssen 900 000 Heizungen ersetzt werden. Hinzu kommt, dass mit der Annahme des Stromgesetzes nicht nur die Stromproduktion gesteigert werden soll, sondern auch die Effizienz des Verbrauchs. Auch hier liegt ein grosser Teil der Umsetzung bei der Gebäudetechnik. Wie gesagt: Das alles ist eine grosse Chance für die Branche, gleichzeitig aber auch eine gewaltige Herausforderung – eine Aufgabe für die nächsten zwei oder gar drei Generationen.

Ist die Branche dafür gerüstet?

Die grosse Herausforderung wird sein, genügend junge Leute für die Branche zu gewinnen. Die Chancen stehen gut: Es ist ein spannendes, vielseitiges, attraktives Arbeitsfeld, das im Trend liegt. Trotzdem wird es grosse Anstrengungen brauchen, damit es genügend Arbeitskräfte in diesen technischen Berufen gibt und nicht immer mehr junge Leute ein Studium einer Berufslehre vorziehen. Zu meiner Zeit gingen rund 12 Prozent der Jugendlichen ins Gymnasium, heute liegt dieser Wert bereits bei 22 Prozent.



Berner Bundesrat

Albert Rösti (57) wuchs in Kandersteg auf und besuchte das Gymnasium in Thun. Anschliessend liess er sich an der ETH Zürich zum Ingenieur Agronom ausbilden, 1997 erlangte er den Dokortitel. 2001 und 2002 machte er einen Master of Business Administration (MBA) in Bern und Rochester (USA). Danach war er in verschiedenen Funktionen für den Kanton Bern tätig, unter anderem als Generalsekretär der Volkswirtschaftsdirektion. Später war er Inhaber eines in den Bereichen Public Affairs und Projektmanagement tätigen Unternehmens. 2011 wurde er für die SVP in den Nationalrat gewählt. Dort war er unter anderem elf Jahre lang Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie. Zudem hatte er verschiedene Verbands- und Vereinsmandate inne. Im Dezember 2022 wurde er in den Bundesrat gewählt, seither leitet er das Department für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Albert Rösti lebt in Uetendorf, wo er während fast zehn Jahren als Gemeindepräsident amtierte. Er ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern.

Warum ist das so?

Weil manche Eltern das Gefühl haben, das Gymnasium sei der bessere und erfolgreichere Berufsweg und über die Durchlässigkeit unseres Berufsbildungssystems noch immer zu wenig Bescheid wissen. Dabei könnte man provokativ sagen: Jene, die zuerst eine Berufslehre gemacht haben, sind die besseren Akademiker und Akademikerinnen, weil zu ihrem Ausbildungsweg auch handfeste Arbeit von morgens bis abends gehört.

«Provokativ gesagt: Jene, die zuerst eine Berufslehre gemacht haben, sind die besseren Akademiker und Akademikerinnen.»

Tatsächlich?

Das ist natürlich überspitzt formuliert. Und ist auch keine Kritik an den Gymnasien: Es gibt viele, die im Gymnasium gut aufgehoben sind und damit den für sie richtigen Berufsweg einschlagen. Das gilt übrigens auch für mich selber, ich habe auch keine Berufslehre gemacht (lacht). Mein Eindruck ist trotzdem, dass manche Jugendliche das Gymnasium besuchen, die in einer Berufslehre besser aufgehoben wären.

2022 hat der Bund zusammen mit der Branche die «Bildungsoffensive Gebäude» gegen den Fachkräftemangel in der Gebäudebranche gestartet. Kann man schon eine erste Zwischenbilanz ziehen?

Das ist noch zu früh. Mir scheint, dass die Lehrstellen derzeit besetzt werden können, aber welche Wirkung die Bildungsoffensive mittel- bis langfristig erzielen kann, lässt sich noch nicht abschätzen. Das braucht Zeit. Ein wichtiger Ansatzpunkt der Initiative ist es, Lernende auch nach der Ausbildung im Betrieb zu halten.

Tun die Betriebe genug dafür?

Soweit ich das beurteilen kann schon, ja. Der Fachkräftemangel betrifft aber natürlich nicht nur die Gebäudetechnikbranche: Auch in Spitälern, Restaurants oder Banken werden händeringend Fachkräfte gesucht. Deshalb muss die Branche weiterhin grund-

sätzliche Überzeugungsarbeit leisten und bei Eltern und jungen Menschen für die Berufslehre werben. Wie gesagt: In unserem durchlässigen System stehen einem mit einer Berufslehre alle Möglichkeiten offen.

Beim Einbau einer neuen Heizung gibt es von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedliche Bedingungen für die Genehmigungen. Gebäudetechnik-Firmen klagen zudem, dass der Einbau umweltfreundlicher Heizungen mit grösseren Hürden als bei herkömmlichen Heizungen verbunden ist. Was sagen Sie als Hausbesitzer und ehemaliger Gemeindepräsident: Ist das sinnvoll?

In unserem föderalistischen System setzt der Bund gewisse Rahmenbedingungen, aus denen die Kantone die konkreten Vorschriften ableiten. Die wiederum werden von den Gemeinden in der Regel übernommen. Und diese Vorschriften sind in der Tat sehr unterschiedlich. Bei der Installation einer Wärmepumpe wird es vor allem deshalb schwierig, weil es dazu eine neue Dämmung des Hauses braucht und so die regionalen Bauvorschriften ins Spiel kommen. Denn es geht ja um einen Umbau des Hauses. Wenn man hingegen eine Ölheizung mit einer Ölheizung ersetzt, muss man das einfach der Gemeinde melden. Ich bin nicht der Meinung, dass man das alles vereinheitlichen sollte.

Warum nicht?

Alle Regelungen rund um die Gebäude sind eine kantonale Angelegenheit. Und ich vertrete die föderalistische Ansicht, dass alles möglichst nahe bei den Menschen geregelt werden sollte. Wie viele Meter Abstand braucht es von einer Wärmepumpe bis zum Grundstück des Nachbarn? Das muss nicht der Bund regeln. Aufgrund unserer Verfassung kann er das auch nicht. Und die Kantone wollen diese Hoheit im Gebäudesektor nicht abgeben. Aber natürlich haben Branchenverbände die Möglichkeit, innerhalb eines Kantons für einheitliche Standards zu sorgen, indem sie in den kantonalen Parlamenten entsprechend dafür lobbyieren.

«suissetec»-Direktor Christoph Schaefer hat in einem Interview darauf hingewiesen, dass staatsnahe Betriebe massiv in die Privatwirtschaft drängen und auch in der Gebäudetechnik Firma um Firma aufkaufen. Diese Situation sei unhaltbar, da ungleich lange Spiesse zwischen staatsnahen und privaten Unternehmen den Markt immer stärker verzerren. Geben Sie ihm Recht?

Ich verstehe diese Sorge. Es ist eine Gratwanderung: Die BKW zum Beispiel gehört zu 50 Prozent dem Kanton Bern. Aufgrund der anderen 50 Prozent ist die BKW aber dazu verpflichtet, für Gewinne und Dividenden zu sorgen. Darum habe ich auch Verständnis,



«Alles sollte möglichst nahe bei den Menschen geregelt sein»: Albert Rösti.

«Betriebe in Staatsbesitz sollten keine privaten konkurrenzieren.»

dass sich das Unternehmen am Wettbewerb beteiligt. Es ist genau die gleiche Situation, mit der ich bei der Post und der Swisscom konfrontiert bin. Für den Bund und den Kanton ist es deshalb wichtig, die Eigner-Strategie dieser Betriebe genau zu analysieren.

Was heisst das?

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass ein Betrieb, der im Staatsbesitz ist, keine privaten Anbieter konkurrenzieren sollte. Ganz sicher sollte er darob nicht seinen Kernauftrag vernachlässigen, im Fall der BKW also die Stromproduktion. Aber es ist nicht an mir, hier eine weitergehende Wertung vorzunehmen. Der Gebäudetechnikverband hat auch in dieser Frage die Möglichkeit, seine Meinung gegenüber dem Berner Regierungsrat und dem Grossen Rat einzubringen.